

Bürgerinitiative "BETUWE - LINIE" - So nicht e.V.

Mitglied der
BUNDESVEREINIGUNG GEGEN SCHIENENLÄRM

Aktuelle Mitgliederinformation

Wesel, im Juli 2019

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Förderer der Bürgerinitiative,

Auch in diesem Jahr wollen wir Sie über die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit der geplanten „BETUWE-Linie“ informieren. Seit nunmehr über 25 Jahren sind wir – auch mit Ihrer Hilfe – dafür im Einsatz, für Anwohner und Kommunen eine bessere Lösung für die Auswirkungen der geplanten Bahnlinie zu erreichen. In der Presse, im Internet und teils auch im Fernsehen konnte man einige Entwicklungen verfolgen.

Seitens der Bahn ist in den einzelnen Kommunen einiges passiert. Nachdem schon im Januar letzten Jahres in Oberhausen der Baubeginn proklamiert wurde, liegt jetzt für den Abschnitt Rees-Haldern der Planfeststellungsbeschluss vor. Bis auf zusätzlichen Schallschutz im Bereich des Campingplatzes an der B8 und einige kleine Zugeständnisse hat die Bahn ihre Vorstellungen durchgesetzt. Leider hat die Reeser Verwaltung dem zugestimmt und von einer Klage abgesehen, wo möglicherweise Besseres für die Anwohner hätte erzielt werden können. Das hätte vielleicht anders laufen können wenn sich dort eine schlagkräftige Bürgerinitiative eingebracht hätte. D.h., dass dort jetzt Baurecht herrscht.

Hier hat sich die Taktik von Bahn und Politik bewährt, die Geduld der Leute durch jahrelanges Hinhalten so über zu strapazieren, daß man letztlich aufgegeben hat. Das ist bei uns, aber auch in Emmerich oder Voerde noch nicht der Fall! Im 3. Quartal 2019 werden die Planfeststellungsbeschlüsse von Dinslaken und Voerde erwartet. Wir erhoffen hier bessere Ergebnisse bzw. mehr Einsatz der Verantwortlichen für die Anwohner. Der Beschluss für Wesel wird dagegen nicht vor 2020 vorliegen.

Hier wird sich zeigen, ob das Eisenbahn-Bundesamt unseren guten Argumenten aus den Erörterungen folgt und ggf. Verbesserungen anmahnt. Bei der Streckensicherheit sieht es besser aus. Speziell in Wesel haben wir in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr respektable Ergebnisse erreicht. Allerdings hat das Eisenbahn-Bundesamt auch hier noch keinem einzigen Punkt zugestimmt. Außerdem gibt es noch immer Punkte in Sachen Sicherheit, die nicht ausreichend gelöst sind.

Bei der Anfang Juni veranstalteten Sicherheitskonferenz in Rees haben wir schonungslos die Defizite der DBAG bei der Organisation des Notfallmanagements offengelegt! Die vorgeführten Wege in der Kommunikation bei Unfällen auf der Strecke – speziell bei Gefahrguttransporten – wurden nicht nur von uns, sondern auch von den Feuerwehren als unzureichend aufgezeigt. Die Bahn ist – verglichen mit anderen Verkehrsträgern - ein sehr sicheres Transportmittel. Aber dies ist kein Grund, sich zurück zu lehnen und nichts zu tun. Auch wir wissen, dass es 100-prozentige Sicherheit nicht geben kann, aber man kann doch deutlich mehr tun. Im Zeitalter von PC's und E-Mail kann es nicht angehen, dass bei Notfällen per Telefon- und Faxkommunikation über internationale Wege hinweg viel wertvolle Zeit verstreicht, bis die Feuerwehr vor Ort tätig werden kann. Niemand möchte einen derartigen Unfall erleben, aber es stellt sich sicher die Frage nach Verantwortlichkeiten, wenn es dann aufgrund von Kommunikationsproblemen zwischen Bahn, Notfalleitstellen, Kreisverwaltung und Feuerwehr zu einer Katastrophe kommt. Hier soll – auf unsere Veranlassung hin – eine Übung des Ernstfalles Aufschlüsse über die Schwachstellen im Bahnkonzept aufzeigen.

Bei den Punkten „Erschütterungen“ und „Wertverlust“ sind wir immer noch nicht weitergekommen, erhoffen uns jedoch Verbesserungen aufgrund unserer aktiven Einflussnahme bei den Erörterungen. Auch wird man abwarten müssen, ob sich die Rechtsprechung in den nächsten Jahren anwohnerfreundlicher zeigt. Wir haben inzwischen auch juristische Schritte mit verschiedenen Kanzleien besprochen, die uns als anerkannter Umweltverband möglich sind. Das werden wir u.a. auf unserer nächsten Mitglieder-versammlung vorstellen, spätestens jedoch, wenn der Planfeststellungsbeschluss vorliegt.

Die Klageschrift der Stadt Oberhausen gegen den ersten Planfeststellungsbeschluss wurde inzwischen vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig behandelt. Leider wurde der eingeforderte zusätzliche Schallschutz vom Gericht abgelehnt und die Klage abgewiesen. Interessant ist hierbei, dass es auf der einen Seite wohl zu Formfehlern der Stadt Oberhausen gekommen sein soll (?).

Auf der anderen Seite wurde hier der Schallschutz für ein vorhandenes Campingareal mit merkwürdigen Begründungen abgelehnt. Wie vorstehend berichtet, hat jedoch das Eisenbahn-Bundesamt in Rees-Mehr für den dortigen Campingplatz über 600m (!) Schallschutz gewährt. Wird hier mit zweierlei Maß gemessen? Der Verdacht liegt nahe.

Noch ist die Einigkeit der Kommunen an der Strecke gewahrt. Wir hoffen dass das so bleibt und arbeiten auch aktiv daran. Es haben zwar alle Kommunen ihre eigenen Probleme und Sichtweisen, aber es gibt doch eine Menge Gemeinsamkeiten. Die Bahn versucht immer wieder in Einzelgesprächen, die Kommunen sowie die Feuerwehren und damit auch die Bürgerinitiativen auseinander zu dividieren.

Weiterhin haben wir natürlich versucht, mit der Politik sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene im Gespräch zu bleiben. Der Ministerpräsident von NRW, H. Laschet, hat trotz gegenteiliger Zusagen, bis heute kein Interesse an dem Thema. Der Verkehrsminister vertröstet uns mit den Worten „Alles wird gut, wir müssen endlich bauen“, während der Innenminister das Thema Sicherheit trotz mehrfacher Anmahnung unsererseits immer noch recht stiefmütterlich behandelt. Er hat allerdings – wie Sie aus den Medien sicher erfahren haben – z.Zt. eine Menge anderer Baustellen.

Auch mit der IHK haben wir gesprochen, um deren Standpunkt an höherer Stelle zu erkunden. Grundsätzlich steht man dort zu unseren Forderungen, akzeptiert aber keine Verzögerungen dadurch.

Der Projektbeirat hat im Februar mal wieder getagt. Hier sind neben der Deutschen Bahn das Eisenbahn-Bundesamt, die Bundes- und Landesverkehrsministerien, die regionalen Bundestagsabgeordneten sowie die IHK vertreten. In diesem Jahr war neben H. Hendel aus der BI Voerde und H. ten Brink aus Emmerich zugegen. Dort wurde – wie immer – ein vorab aufgestelltes Programm abgespult und außer den Bürgerinitiativen stellt dort niemand kritische Fragen oder fordert Verbesserungen für die Anwohner. Danach haben wir intensiv – auch mit den Kommunen – diskutiert, ob es überhaupt Sinn macht, an diesen Veranstaltungen weiterhin teilzunehmen und den Verantwortlichen als Alibi zu dienen, so nach dem Motto „Sie waren doch dabei“! Dass dieses Gremium keine Beschlüsse zum Thema fassen kann, ist uns schon klar. Aber dass man, wie dort verkündet, noch nicht einmal Vorschläge in Richtung Bahn oder Berlin machen kann, ist für uns nicht vermittelbar. Da sind andere Projektbeiräte (u.a. in Niedersachsen sowie am Mittel- und Oberrhein) deutlich weiter und entscheidungsfreudiger. Nach ausgiebiger Diskussion haben wir uns entschieden, zu bleiben. Wir wollen uns nicht dem Vorwurf aussetzen, den Gesprächsfaden von uns aus abzureissen.

Nach der Übergabe des „Niederrheinischen Appells“ im Berliner Verkehrsministerium sollten im Auftrag von Staatssekretär Enak Ferlemann die DBAG die Kosten für die kommunalen Forderungen ermitteln. Dies hat sie teilweise getan und zwar für den Schallschutz, den die Kommunen und Bürgerinitiativen gefordert, die Sachverständigen der Bahn allerdings im Verfahren bisher abgelehnt haben. Den Rest hat sie trotz Auftrag abgelehnt. Daraufhin haben die Kommunen diesen Part übernommen und ein Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten liegt nun vor und belegt einen Mehrbetrag von ca. 180 Mio. € insgesamt. Diese Summe sieht zwar zunächst hoch aus, beträgt allerdings nur etwa 10% der Gesamtkosten. Mit diesen Kosten wollten unsere MdB's in Berlin einen Nachtrag erreichen. Dies ist jedoch bis heute nicht geschehen, aber wir fordern dies weiterhin.

Der Informationsdialog mit der Bahn wurde von dieser beendet. Da hier nur mitgeteilt wurde, unsere Forderungen teils noch nicht mal diskutiert, insgesamt jedoch immer abgelehnt wurden, ist dies aus unserer Sicht nicht besonders tragisch.

Wie geht es weiter? Wir bleiben natürlich weiter aktiv und werden Sie bei konkreten Anlässen sofort unterrichten. Bitte verfolgen Sie auch die Berichterstattung in der Presse. Nachdem wir Sie jetzt auf den neuesten Informationsstand gebracht haben, wünscht der Vorstand Ihnen und Ihren Familien noch eine ruhige und stressfreie Urlaubs- und Sommerzeit.

Weitere Informationen erhalten Sie über unsere Internetseiten

www.betuwe-wesel.de

www.betuwe-niederrhein.de

www.betuwe-gefahr.de

Bürgerinitiative BETUWE – So nicht! - Der Vorstand

Bitte teilen Sie uns doch mit, wenn Sie per E-Mail erreichbar sind (g.bork@t-online.de)